

nachrichten

China plündert Urwald

Chinas Holzindustrie ist die größte Gefahr für die Urwälder in Kambodscha. Das berichten internationale Umweltschutzorganisationen. Nachdem die chinesische Regierung in den 1990er Jahren ein weitgehendes Holzschlagverbot für einheimische Wälder verhängt hatte, sucht sich die chinesische Holzindustrie ihren Rohstoff vor allem in Südostasien und Russland. China ist mittlerweile zum weltweit zweitgrößten Holzimporteure nach den USA aufgestiegen. Der weitaus größere Teil dieser Importe setze sich aus illegal gefällten Bäumen zusammen, die nach China geschmuggelt werden, berichten Umweltschützer. Der Anstieg des chinesischen Holzbedarfs trifft Kambodscha zu einem kritischen Zeitpunkt. Nach jahrzehntelangem Raubbau begannen die ersten Schutzmaßnahmen für den kambodschanischen Urwald gerade zu greifen. Experten beurteilen den Urwaldschutz jedoch als sehr schwierig, solange die große Nachfrage aus China anhält. China will dem illegalen Holzhandel einen Riegel vorschieben. Die chinesische Regierung hat bereits mehrere Abkommen mit den Staaten der Region zum Schutz von Regenwäldern unterzeichnet und will ein Codierungssystem einführen, das einen Nachweis über den Ursprung des Holzes ermöglicht. Eine langsame Aufhebung des Holzschlagverbotes in China wird ebenfalls diskutiert.

vgl.: Wall Street Journal, 23.12.03

Illegale Adoptionen

US-Behörden haben den Kampf gegen illegale Adoptionen von Kindern aus Kambodscha verstärkt. Die Betreiberinnen von zwei Adoptionsvermittlungen in Seattle wurden verhaftet, nachdem ihnen Bestechung, Dokumentenfälschung und Geldwäsche nachgewiesen wurden. Die Schwestern Lauryn Galindo und Lynn Devin hatten sich auf die Vermittlung von kambodschanischen Kindern an amerikanische Eltern spezialisiert und auch die Adoption eines kambodschanischen Kindes durch die Schauspielerin Angelina Jolie organisiert. Die USA hatten die Adoptionen aus Kambodscha vor drei Jahren verboten, nachdem sich der Eindruck verstärkt hatte, dass Fälle von Menschenhandel nicht auszuschließen sind. Kunden von Frau Galindo und Frau Devin hatten von Übergang-

ben großer Bargeldmengen an Personen in Kambodscha berichtet. Die Staatsanwaltschaft hat auch mehrere Eltern von adoptierten Kindern gefunden, die aussagten, sie hätten ihre Kinder nur unter Druck und gegen Bezahlung zur Adoption freigegeben. Während Frau Devin bereits wegen Verstoßes gegen Visa-Bestimmungen und Geldwäsche verurteilt wurde streitet Frau Galindo alle Vorwürfe ab. Sie verweist darauf, dass sie von vielen ihrer Kunden unterstützt wird. »Ich betrachte meine Arbeit als humanitär. Ich bin nach Kambodscha gefahren, um Kindern zu helfen,« meinte sie. Für ihre Arbeit habe sie sogar die »Goldmedal of Honor« des kambodschanischen Königshauses erhalten, so Frau Galindo.

vgl.: Seattle Post, 9.1.2004

Geflügel-Importe

Das kambodschanische Handelsministerium hat ein Importverbot für Geflügel aus Thailand erlassen, um ein Ausbrechen der Vogelgrippe in Kambodscha zu verhindern. Ein Sprecher der Grenzpolizei sagte, das Verbot erstrecke sich auch auf den Import von Eiern und anderer Geflügelprodukte und bleibe bis auf weiteres in Kraft. Markthändler an der thailändisch-kambo-

dschanischen Grenze sprachen von einem Desaster für den Grenzhandel. Der Vorsteher der Grenzregion Aranya-prathet, Pinit Boonlert, erklärte, dass die Vertreter der Gesundheitsbehörden regelmäßige Kontrollen an Geflügel durchführen würden und die Produkte sicher seien.

vgl.: Bangkok Post, 20.1.2004

Tribunal droht zu platzen

Die Verzögerungen bei einer Regierungsbildung in Kambodscha drohen die Planungen für ein Tribunal über die Verbrechen der Roten Khmer zu blockieren. Juristen warnten davor, dass in den nächsten Wochen ein Kompromiss bei der Regierungsbildung gefunden werden müsse, wenn das Tribunal noch in diesem Jahr eröffnet werden soll. Ansonsten drohe eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit. Die kambodschanische Regierung hatte bereits im Juni 2003 einem Tribunal zugestimmt, die Eröff-

nung kann jedoch nicht erfolgen, bevor das neue gewählte Parlament den entsprechenden Gesetzen zugestimmt hat. Premierminister Hun Sen, dessen Forderung nach einer Führungsrolle Kambodschas bei dem Tribunal bereits zu einer mehrjährigen Verzögerung geführt hatte, befindet sich seit den Wahlen im letzten Jahr mit den beiden Oppositionsparteien Sam Rainsy und Funcinpec im Streit über die Bildung einer Koalitionsregierung.

vgl.: The Age, 10.1.2004

Sextourismus

Kambodscha hat den Kampf gegen Sextouristen und Pädophilie verstärkt. Polizei und Kinderschutzgruppen wollen intensiver mit ausländischen Regierungen zusammenarbeiten, um vor allem gegen die zunehmende Kinderprostitution vorzugehen. Kambodschanische Gerichte sprechen härtere Urteile und gehen immer mehr dazu über, Täter in ihre Heimatländer abzuschicken, um sie dort verurteilen zu lassen. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) beteiligt sich an der Kampagne mit einer Werbeaktion. »Das Thema war vor einigen Jahren noch ein absolutes Tabu,« sagt UNICEF-Vertreter Rodney Hatfield. »Jetzt wird es immer schwerer für Erwachsene, sich mit Kindern abzugeben.« Vor fünf Jahren noch konnte keine Zeitung in Kambodscha über das Thema berichten, heute werden Stadtführer und –pläne mit der Aufschrift »Sex with children is a crime!« verteilt. Die kambodschanische Polizei hat mit UNICEF-Geldern in den Provinzen des Landes Jugendschutz-Einheiten aufgestellt, in denen Kinderprostitution am häufigsten vorkommt. Neben den Polizeieinheiten kümmern sich auch mehrere private Gruppen um den Schutz der Kinder und die Beobachtung von verdächtigen Ausländern.

»Wir haben ein Beobachtungsnetzwerk aufgebaut,« so Hang Vibol, Vorsitzender von »Our Home«, einer Gruppe, die sich um Straßenkinder kümmert. Er sagte, seine Gruppe beobachte zur Zeit 43 Ausländer und stelle die Informationen dann der Polizei zur Verfügung. »Früher mussten wir die Polizei zehn oder 20 mal auf Verdächtige hinweisen, bevor sie aktiv wurde. Das ändert sich jetzt,« meinte Vibol. Der Kampf gegen Kinderprostitution war zu einer großen Kampagne geworden, nachdem der kambodschanische Tourismusminister Veng Sereyvuth erklärt hatte »Pädophile sind in Kambodscha unwillkommen.«

vgl.: The New York Times, 18.1.04

Zurück nach Vietnam

Kambodschanische Behörden haben die letzten elf der 60 im Juli 2003 aus Vietnam geflüchteten *Montagnards* in das Nachbarland zurückgeschickt. Das berichtete der Radiosender *Radio Free Asia* (RFA) in Hongkong. Die zehn Männer und eine Frau hatten sich über Monate in einem Urwaldgebiet in der Provinz Ratanakiri versteckt und waren von Bewohnern der Region mit Lebensmitteln versorgt worden. Die kambodschanischen Behörden hatten in den letzten Monaten die Überwachung des Gebietes verstärkt und damit den Lebensmittelnachschub unterbunden. Die Flüchtling, die alle an Malaria erkrankt sind, hatten sich daraufhin von Beeren und Wurzeln ernährt. Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die mit dem Begriff *Montagnard* bezeichneten Angehörigen von ethnischen Minderheiten im vietnamesischen Bergland schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Behörden ausgesetzt sind.

»Wenn es um die *Montagnards* geht, sind Menschenrechtsorganisationen unerwünscht,« sagte Sam Sarin, Sprecher der Menschenrechtsorganisation *Adhoc*. »Sie haben uns nie erlaubt, mit den Flüchtlingen zu sprechen. Obwohl sie zugeben, dass die Flüchtlinge ein Problem in den kambodschanisch-vietnamesischen Beziehungen sind.« Die *Montagnards* waren nach Kambodscha geflüchtet, nachdem sie 2001 mit Demonstrationen mehr Autonomie und die Rückgabe von Land von der vietnamesischen Regierung gefordert hatten. Sie waren zunächst in Flüchtlingslagern aufgenommen worden. Nach der Schließung der Lager konnten einige in die USA auswandern, andere versteckten sich im kambodschanischen Urwald.

vgl.: *Broadcast Interview Source Inc.*, 19.1. 2004

»Bruder Nr. 2« will vor das Tribunal

Der frühere Vizekommandeur der Roten Khmer ist bereit, sich einem internationalen Völkermord-Tribunal zu stellen. Er widersprach jedoch der Behauptung, dass während der Herrschaft der Roten Khmer von 1975 bis 1979 rund 1,7 Millionen Kambodschaner ermordet wurden. »Ich gebe zu, dass es einige Fehler gab. Aber ich hatte meine Ideologie. Ich wollte mein Land befreien. Ich wollte, dass es den Leuten besser geht,« sagte Nuon Chea, der ranghöchste noch lebende Rote Khmer Befehlshaber, in einem Interview in seinem Heimatort Pailin. Der

unter Pol Pot als »Bruder Nr. 2« bekannte Befehlshaber sagte, sein größter Fehler sei es gewesen, die Arbeit des Regimes, dem 1,7 Millionen Menschen durch Hunger, Krankheit, Überarbeitung und Hinrichtung zum Opfer gefallen sind, nicht genau genug kontrolliert zu haben. Er sei aber bereit, vor einem Gericht zur Wahrheitsfindung beizutragen. »Die Zahl der Toten ging nicht in die Millionen. Menschen sind gestorben, aber es gab viele verschiedene Gründe für ihren Tod,« so Nuon Chea.

vgl.: *Los Angeles Times*, 18.1.04

Begräbnis wird große Demo

Das Begräbnis des Präsidenten der Freien Textilarbeiter-Gewerkschaft, Chea Vichea, in Phnom Penh war die größte Demonstration in der kambodschanischen Hauptstadt seit Jahren. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete, rund 10.000 Menschen hätten sich an der Zeremonie am 25. Januar 2004 beteiligt. Kambodschanische Medien sprachen von 15.000 bis 40.000 Teilnehmern. Die deutsche Nachrichtenagentur dpa berichtete von 20.000 Teilnehmern und

etwa 10.000 Zuschauern. Ein diensthabender Polizist erklärte der Zeitung *Cambodia Daily*, er habe während seiner 13-jährigen Dienstzeit in der Hauptstadt noch keine größere Menschenmenge gesehen. Damit war das Begräbnis die größte Demonstration in Kambodscha seit den Unruhen nach den ersten Parlamentswahlen 1997.

vgl.: *www.khmerintelligence.org*, 26.1. 2004

Schlechte Werte für Hun Sen

Immer mehr Abgeordnete der Cambodia Peoples Party (CPP) sprechen sich gegen eine erneute Kandidatur ihres Vorsitzenden Hun Sen für das Amt des Premierministers aus. Bei einer anonymen Abstimmung im Januar 2004 stimmten nur noch 65 der 73 CPP-Abgeordneten im kambodschanischen Parlament für ihren Parteivorsitzenden. Demnach müssten die Unterstützer Hun Sens nicht mehr nur neun, sondern jetzt 17 Stimmen bei anderen Parteien organisieren, um ihrem Kandidaten die Zweidrittelmehrheit für das

Premierministeramt zu sichern. Damit wird eine Regierungskoalition aus allen drei großen kambodschanischen Parteien CPP, Sam Rainsy Party und Funcinpec immer wahrscheinlicher. In Kambodscha ist seit den Wahlen vor sechs Monaten immer noch keine neue Regierung gewählt worden. Die drei großen Parteien CPP, Sam Rainsy und Funcinpec haben sich noch nicht auf eine Koalition geeinigt.

Vgl.: *www.khmerintelligence.org*, 20.1. 2004

nachrichten

Gewerkschafts- Führer ermordet

Der Vorsitzende der größten kambodschanischen Textilarbeiter-Gewerkschaft, Chea Vichea, ist in Phnom Penh auf offener Strasse erschossen worden. Der 36-jährige ist das jüngste Opfer in einer Reihe politisch motivierter Morde und Anschläge seit Mitte letzten Jahres. »Wir haben noch kein Motive für die Tat,« meinte Polizeigeneral Heng Peov am Tatort. Vichea stand der Oppositionspartei Sam Rainsy nahe und hatte nach den jüngsten Wahlen in Kambodscha mehrere Todesdrohungen erhalten. Als Präsident der Freien Textilarbeiter-Gewerkschaft hatte er sich stark für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. »Er hat eine Menge geleistet, um die Rechte der Textilarbeiter zu schützen. Der Anschlag ist eine Warnung an alle, die sich ebenfalls für den Schutz dieser Rechte einsetzen,« sagte der Vorsitzende des kambodschanischen Zentrums für Menschenrechte, Kem Sokha. Die kambodschanische Textilindustrie ist einer der wichtigsten Industriezweige des Landes. Die rund 200 Fabriken des Landes produzieren vor allem Shorts, T-Shirts und Hosen für Firmen wie *Nike*, *Adidas* oder *GAP* und exportieren Waren im Wert von etwa 1,3 Milliarden US-Dollar. Mit ihren 210.000 Beschäftigten erwirtschaftet die Textilbranche in Kambodscha rund 36 Prozent des Bruttosozialproduktes.

vgl.: Reuters, BBC, 22.1. 2004